

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bremen
Frau Sabine Herold
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Bremen, 07. März 2011

Sehr geehrte Frau Herold,

Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen liegen der FDP am Herzen. Im Mittelpunkt stehen Kinder und Jugendliche, deren Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft und zur Führung eines eigenverantwortlichen, freien Lebens durch gute Bildung verbessert werden. Dies vorausgeschickt beantworten wir die Forderungen der GEW im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen wie folgt:

Wiederbesetzung jeder frei werdenden Stelle in Schulen und KiTas

Damit Bremen auch künftig die finanziellen Grundlagen als selbständiges Bundesland behält, können künftig nicht alle freigewordenen Stellen wieder besetzt werden. Hiervon wollen wir den Bereich der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen explizit ausnehmen. Um Plätze und somit Bildung in diesen Einrichtungen qualitativ hochwertig anbieten zu können, muss ausreichend Personal beschäftigt sein. Hier werden bei allen Trägern mehr qualifizierte Kräfte benötigt. Aufgrund der veränderten Anforderungen in den Schulen und dem dadurch gewandelten Personalbedarf an Ganztagschulen wird es allerdings zu Veränderungen in den Aufgaben und geforderten Qualifikationen kommen müssen.

Arbeitsbelastung

Aufgrund der Tatsache, dass es bisherige Regierungen nicht vermocht haben Bremen aus der Haushaltsnotlage herauszuführen, wird sich die Freie Hansestadt Bremen als Nehmerland im Länderfinanzausgleich keine Standards leisten können, die in Geberländern nicht auch gelten. Teilweise werden die Bremer Standards sogar darunter bleiben müssen, damit die Gelder der Zukunft nicht schon heute ausgegeben werden. Trotzdem muss versucht werden, im Rahmen der vorhandenen Stellen und unter Nutzung der sich verändernden Schülerzahlen, den Lehrkräften genügend Raum zu geben, um die Veränderungen im Schulsystem, wie Aufbau der Oberschule und Realisierung der Inklusion umsetzen zu können.

Spielräume für die Senkung der Pflichtstunden sehen wir derzeit nicht. Die fehlende Kooperationszeit für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten wir allerdings für ein Problem, ebenso die teils unterschiedlichen zugrundeliegenden Schüler/Lehrer- und Schüler/Mitarbeiter-Relationen. Auch die Behebung solcher Missstände versprechen wir uns von einer einheitlichen Zuständigkeit eines Ressorts für Bildung und Jugend für diesen Sektor.

Nachwuchsförderung

Die FDP fordert seit langem die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern. Ein Mangel zeichnet sich ab. Die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten um 100 Plätze pro Jahr reicht nicht aus. Leider hat sich der rot-grüne Senat nicht zügig auf eine Neuordnung der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung geeinigt. Umso mehr ist es jetzt erforderlich endlich die Platzzahl bedarfsgerecht zu erhöhen.

Hinsichtlich der Forderung nach Wiedereinführung von Studiengängen an der Universität sind wir der Auffassung, dass die Bremer Universität in den Lehramtsstudiengängen nicht alle Ausbildungsgänge anbieten kann und muss, nach denen Bedarf an den Schulen besteht. Hier wird Bremen auf Kooperationen setzen müssen. Bezüglich der Behindertenpädagogik halten wir es für angebracht, auch in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer den Inklusionsgedanken voranzubringen und entsprechende Ausbildungen anzubieten. Auf Initiative der FDP setzt sich Bremen dafür ein, dass die KMK-Richtlinien verändert werden, damit inklusive Pädagogik nicht nur gemeinsam mit dem Grundschullehramt, sondern auch mit dem Lehramt an Oberschulen/Gymnasien studiert werden kann. Bis dahin ist leider nur der Weg einer Zusatzqualifikation möglich.

Damit Bremen und Bremerhaven auch künftig ausreichend Lehrerinnen und Lehrer neu gewinnen können war es richtig die Zahl der Referendare zu erhöhen. Eine weitere Erhöhung ist sinnvoll. Auch wird es erforderlich sein Ausbildungsprogramme für Quereinsteigerinnen und -einsteiger in den Lehrerberuf aufzulegen.

Solange Bremen in einer Haushaltsnotlage ist, werden wünschenswerte Senkungen von bedarfsdeckendem Unterricht im Referendariat kaum möglich sein.

Fakt ist, dass die Berücksichtigung Bremens im Rahmen von Tarifverhandlungen als Haushaltsnotlageland unabdingbar ist. Wird diese Haushaltsnotlagesituation nicht angemessen berücksichtigt, wird Bremen nicht umhinkommen gemeinsam mit den anderen Sanierungsländern und erforderlichenfalls auch allein Notlagentarife auszuhandeln.

Schulreformprozess

Um Schulen die Möglichkeit besserer Ressourcenverteilung zu geben und sie dadurch besser ausstatten zu können, setzen wir uns für mehr Autonomie von Schulen und den Rückbau der zentralen Verwaltung ein. Aufgrund der Haushaltssituation Bremen und Bremerhavens, wird allerdings immer wieder die Frage gestellt werden müssen, welche Ausstattung möglich ist. Angesichts von fast einer Viertelmilliarde Euro, die in dieser Legislaturperiode zum Gutteil, auch wegen der hohen Baustandards, in Bau und Sanierung von Schulen geflossen sind, muss die Frage nach der Prioritätensetzung des Senats in diesem Bereich erlaubt sein.

Hinsichtlich der Schulanwahl setzen wir uns für die freie Wahl jeder Schule, auch der Grundschule, ein. Eltern wollen eine aus ihrer Sicht gute Schule für ihr Kind und das möglichst nah am Wohnort am Arbeitsplatz. Dabei liegt unseres Erachtens der Wunsch der Eltern eindeutig zuerst auf der Qualität! Auch Oberstufen sollen frei angewählt werden können. Wobei auch hier Kriterien wie Leistung, Wege, Geschwisterkinder und Sonderregelungen für Kinder mit Förderbedarf bei den Anwahlverfahren eine Rolle spielen sollen. Lediglich an Oberschulen, die im festen Verbund von Klasse 1 bis 10 oder 12/13 mit einer Grundschule arbeiten, sind nur die freien Plätze anwählbar. Um Kinder individuell bestmöglich unterrichten zu können bedarf es vieler verschiedener Schulen mit verschiedenen Profilen und Unterrichtsmethoden. Nur so gibt es die Möglichkeit, die passenden Schulen für jedes einzelne Kind zu finden.

Die FDP hat sich seit langem für die Abschaffung von Stufenschulen eingesetzt. Sie jetzt wieder einzuführen, würde erneutes Beschäftigen mit Schulstrukturen bedeuten und von der notwendigen Befassung mit Unterrichtsinhalten, -methoden und -qualität ablenken.

Die FDP tritt für Inklusion an allen Schulen ein. Dafür müssen die nötigen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dabei reicht es nicht nur die Frage der Ausstattung mit Sonderpädagogen zu diskutieren. Auch die Frage von Klassenassistenten und die Rolle von persönlichen Assistenten muss endlich mitdiskutiert werden.

Eine weitere Senkung der Klassenstärke der Inklusionsklassen unter den Standard von 17+5 mag pädagogisch wünschenswert sein, doch wird er sich nicht realisieren lassen. Dasselbe gilt für den Einsatz von Sonderpädagogen. Hier ist mehr als eine halbe Sonderpädagogenstelle pro Inklusionsklasse sicher wünschenswert, doch kaum realisierbar. Bei entsprechendem Einsatz der anderen halben Stelle, verantwortungsvollem Einsatz von Assistenten, guter Zusammenarbeit im Jahrgangsteam sowie richtiger Zusammensetzung der I-Klassen kann Inklusion gelingen.

Die FDP tritt dafür ein, dass Schulleitungen ihre Schulen auch tatsächlich leiten können. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, benötigen Schulen Autonomie. Im Sinne einer modernen Personalführung sind Schulleitungen autonomer Schulen gehalten ihre Mitarbeiter und ihre Schüler in Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Ebenso ist es wichtig, dass Schüler in der Selbstverwaltung der Schule Einfluss haben, damit sie erleben, dass sich auf demokratischem Weg Veränderungen erreichen lassen.

U3-Ausbau, Krippen

Die FDP fordert seit langem einen bedarfsgerechten Ausbau der U3-Plätze. Die rot-grüne Koalition hat sich mehrfach aktuellen Bedarfsermittlungen verweigert. Wir brauchen nach unserer Überzeugung mehr als eine Verdoppelung des Platzangebotes. Entsprechend sind Planungsprozesse zu beschleunigen und Ressourcen in diesen Sektor umzusteuern.

Gegen soziale Spaltung

Wir sind dagegen Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern in sozial benachteiligten Stadtteilen, die durch Baupolitik, Wohngeldregelungen und dergleichen verfestigt wurden, festzuhalten. Deshalb sind wir für freie Schulwahl und eine Ausstattung der Schulen nach der Anzahl der Schüler und den objektiv diagnostizierten individuellen Förderbedarfen. Nur so wird sozial benachteiligten Kindern in allen Stadtteilen geholfen. Uns geht es nicht darum den meisten Kindern mit derartigen Problemlagen zu helfen, sondern jedem Einzelnen. Die Mittel für ausreichende Sprachförderung müssen bereitgestellt werden.

Für Ihre Anregungen und Rückfragen stehen wir gern jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Oliver Möllenstädt, MdBB
Landesvorsitzender